

De Gaulle bremst die Armee

Politische Zurückhaltung in Algerien befohlen

Paris/Tunis (ap/Eigenmeldung). Der französische Ministerpräsident de Gaulle hat die Armee ersucht, sich von sofort an jeder politischen Aktivität in Algerien zu enthalten, um freie Wahlen am 23. November zu ermöglichen. Gleichzeitig wandte sich die Gaulle energisch gegen Einheitslisten in Algerien bei den kommenden Wahlen. Knapp 24 Stunden bevor diese Stellungnahme de Gaulles veröffentlicht wurde, hatte in Tunis der Führer der algerischen Exilregierung unserem Frankreich-Korrespondenten in einem Sonderinterview versichert, daß er ein Ende der Feindseligkeiten in Algerien und die Zusammenarbeit mit den Franzosen auf Grund neuer Bindungen wünsche.

Die Erklärung de Gaulles zur Algerien-Frage ist in einem Schreiben an den Oberkommandierenden der französischen Streitkräfte in Algerien, General Salan, enthalten. Darin heißt es, es sei an der Zeit, daß sich die Armeeoffiziere aus allen politischen Organisationen zurückzögen, wobei die Gründe, die sie seinerzeit unter außergewöhnlichen Umständen zur Mitarbeit in diesen Organisationen bewegen hätten, jetzt keine Rolle mehr spielen.

Salan und andere hohe Offiziere der französischen Armee, die am 13. Mai dieses Jahres sich von der Regierung des französischen Mutterlandes losgesagt hatten, hatten seinerzeit Wohlfahrtsausschüsse gegründet, die die politischen Geschicke Algeriens in die Hand zu nehmen versuchten. Nach seinem Regierungsantritt hatte de Gaulle die Wohlfahrtsausschüsse politisch zu entmachten versucht, was ihm bisher nie ganz gelungen war.

Gegen Einheitslisten

Der Ministerpräsident gab Salan unmißverständlich zu verstehen, daß er die Abhaltung freier Wahlen in Algerien wünsche und daß sich alle in Algerien lebenden Wahlberechtigten, ohne Rücksicht auf ihre Weltanschauung, daran beteiligen. Die Verwendung von Einheitslisten lehnte de Gaulle ebenso ab wie die Beschrän-

kung der Meinungsfreiheit. Alle Kandidaten, wie auch immer ihr Programm sein möge, sollten sich um ein Mandat bewerben können. Die zuständigen Behörden in Algerien hätten dafür zu sorgen, daß die Kandidaten der verschiedenen Par-

teien die Möglichkeit erhalten, dieses Recht auszuüben. „Ich lege sehr großen Wert darauf“, heißt es wörtlich in den Instruktionen de Gaulles an Salan, „daß es einen echten Wettstreit gibt, das heißt, daß es Konkurrenzlisten gibt. Das schlimmste wäre die Schaffung von Einheitslisten, die von den Behörden begünstigt werden.“

Die Wahlen in Algerien für die französische Nationalversammlung finden ebenso wie in Frankreich am 23. November statt. Im Gegensatz zum Mutterland sind jedoch in Algerien keine Stichwahlen vorgesehen.

Krach um Tunesien

Neuer Riß in der Arabischen Liga — Mißtrauensantrag

Kairo (ap/dpa). Auf einer Sitzung der Arabischen Liga, an der zum erstenmal der neu aufgenommene Mitgliedsstaat Tunesien teilnahm, ist es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Delegationen Tunesiens und der Vereinigten Arabischen Republik gekommen. Die bisher demonstrierte Einheit der arabischen Staaten scheint damit ernstlich bedroht zu sein.

Ausgangspunkt dieser Entwicklung war die Antrittsrede des tunesischen Delegierten Schatti, in der er der Regierung der VAR vorwarf, sie wolle die Arabische Liga beherrschen. Die Delegation der VAR verließ daraufhin aus Protest geschlossen den Sitzungssaal. Der tunesische Delegierte kündigte an, daß sein Land bei den weiteren Zusammenkünften der gegenwärtigen Sitzungsperiode nicht mehr teilnehmen werde und reiste aus Kairo ab.

Die restlichen Liga-Staaten faßten den Beschluß, die „gegen die VAR oder andere Mit-

gliedsstaaten gerichteten Beschuldigungen Tunesiens“ aus dem Protokoll zu streichen. Dies kommt einem Mißtrauensantrag gegen Tunesien gleich. Unmittelbar nach der Annahme der Resolution ersuchten die Liga-Staaten die VAR, an den Sitzungen wieder teilzunehmen.

„Flüchtling von Steinstücken“ verurteilt

Berlin (dpa). Der „Flüchtling von Steinstücken“, der 26jährige Lothar Kratzsch, ist wegen angeblichen fortgesetzten Betrug und versuchten illegalen Verlassens der Sowjetzone zu zwei Jahren und acht Monaten Gefängnis verurteilt worden. Kratzsch war am 6. August nach Steinstücken geflüchtet. In dem adn-Bericht wird Kratzsch vorgeworfen, er habe in acht Fällen rücksichtslos und skrupellos kleine Geschäftsleute aus Leipzig um ihr Geld, im Einzelfall bis zu 1300 DM Ost, betrogen.

Vergessen?

DT. Noch heute klingt uns die verzweifelte und immer schwächer werdende Stimme aus dem letzten Freiheitssender in Ungarn in den Ohren, die in englischer, französischer und italienischer Sprache Hilferufe an die westliche Welt, an die UNO, an die Vereinigten Staaten, an das Genfer Rote Kreuz sandte. Mit den Worten: „Situation wird verzweifelt, sehr wenig Munition übrig“, verstummte der Sprecher für immer. Mit seiner Stimme war auch der Freiheitskampf des ungarischen Volkes im Feuer sowjetischer Panzer erloschen. 14 Tage hatte dieser verzweifelte Kampf eines heldenmütigen Volkes gegen seine Unterdrücker gedauert. Von den ersten Demonstrationen Budapests Studenten, am 23. Oktober 1956, bis zu jenem schwarzen November-Sonntag — es war der 4. November — hatten die ungarischen Freiheitskämpfer auf die Hilfe der westlichen Welt gesetzt. Mit der Dauer ihres Widerstandes mußten sie einsehen, daß sie auf sich allein gestellt waren.

Die Aufrufe aus Ungarn erreichten die Vereinten Nationen in einem Augenblick, in dem sie abwechselnd mit der sowjetischen Aggression in Ungarn und mit der britisch-französischen Gewaltanwendung gegen Ägypten beschäftigt waren. Ein Umstand, der die Machtlosigkeit der UNO vor aller Welt sichtbar werden ließ, der aber zu der Einsicht führte, diese Weltorganisation so zu stärken, daß sie die ihr übertragenen Sicherheitsfunktionen wirksam erfüllen kann. Der erste November-Sonntag des Jahres 1956 war zu einem Tag tiefster Trauer für alle freiheitlichen Menschen und Völker, aber zu einem Tag der Schande für die Sowjetunion geworden. Über dieser Schande leuchtet noch heute bis in ferne Tage die Ehre eines kleinen tapferen Volkes, das zwar einer erbarmungslosen Gewalt erlag, sie aber dennoch besiegte, indem es die Vertreter der Gewalt einer weltweiten Ächtung preisgab.

Schonungsloser wurde noch

nie in der Geschichte ein politisches Herrschaftssystem enthüllt, das vorgibt, den Frieden zu verteidigen und „der beste Freund“ der von ihm unterdrückten Völker zu sein. Das Kartenhaus sowjetischer Propaganda war mit einem Schlage zusammengebrochen. Von der baltischen Küste im Norden bis zur rumänischen Küste am Schwarzen Meer im Süden — über diesem ganzen Raum, dessen westliches Vorfeld der unterjochte Teil Deutschland ist, war wie ein greller Blitz die Wahrheit aufgeleuchtet: Alle diese Völker hassen die ihnen auferlegte sowjetische Herrschaft! Und noch etwas hatte der kürzeste und blutigste Freiheitskampf der jüngeren Geschichte offenbart: Wohl kann der Wille eines unterdrückten Volkes zur Unabhängigkeit mit Panzern und Granaten niedergewalzt werden, der Geist des Widerstandes läßt sich nicht töten, der ihn beseelt und der eines Tages Geschichte machen wird.

Zwei Wochen nach der blutigen Unterdrückung des Freiheitskampfes erschütterte der Wortbruch von Budapest die freiheitliche Welt. Unter dem Bruch eingegangener Verpflichtungen ließ das von den Sowjets eingesetzte Kadar-Regime den früheren Ministerpräsidenten Nagy und seine Begleitung festnehmen und nach Rumänien deportieren. Die Führer des Widerstandes hatten in der jugoslawischen Botschaft Asyl gefunden. Der Belgrader Regierung war von Kadar feierlich zugesichert worden, daß Nagy und seine Begleiter frei und ungehindert in ihre Wohnungen zurückkehren durften. Erst nachdem die jugoslawische Regierung gegen das Verschwinden Nagys aufs schärfste protestiert hatte, gab die Regierung Kadar die Deportation zu. Zur gleichen Zeit wurden Tausende junger Ungarn nach Sibirien verschleppt. Im Lande selbst aber begann die große Jagd auf die ehemaligen Freiheitskämpfer. Die neue von Kadar eingesetzte Geheimpolizei wurde zum Schrecken der an Leib und Seele gebrochenen Bevölkerung. Die Hinrichtungen und Erschießungen nahmen trotz der Proteste der UNO kein Ende.

Nur an Imre Nagy wagte sich der Statthalter Moskaus noch nicht heran. Noch war kein Wink des Kreml erfolgt. Erst im Frühjahr dieses Jahres nahm Chruschtschow seine verspätete Rache. Nachdem er in Sofia auf einer offiziellen Kundgebung Jugoslawien beschuldigt hatte, die „Kapitulanten — und Verrätergruppe Nagy“ unterstützt zu haben, erfolgte die Hinrichtung der „Verräter“. Unter ihnen befand sich auch der 37jährige General Pal Maleter, der bereits in der Nacht zum 4. November 1956 verhaftet worden war, als er in seiner Eigenschaft als Parlamentär mit dem sowjetischen Oberkommando über den Rückzug der sowjetischen Streitkräfte aus Ungarn verhandelt hatte.

Im Blut war der Freiheitskampf des ungarischen Volkes erstickt worden, mit Wortbruch und Mord haben die Sowjets ihr blutiges Handwerk beendet. Der Geist des Widerstandes aber bleibt lebendig, wie er sich in dem Nationallied Petöfis aus dem Freiheitskampf von 1848 widerspiegelt:

Auf! Die Heimat ruft,
Magyaren!
Wollt ihr frei sein
oder Knechte?
Hier die Frage,
wählt das Rechte!
Schwört beim Gotte
der Magyaren,
Schwört den Eid,
schwört den Eid,
Daß ihr vom Joche euch befreit!
Weltfreiheit, schallt es weit
Von Ost bis West des Kampfes
wilder Schrei,
Und stellt zum Kampfe sich
die Tyrannei.

Rücktritt in Kairo

Kairo, (ap). Sabri Assali, einer der beiden syrischen Vizepräsidenten der Vereinigten Arabischen Republik, hat seinen Rücktritt bekanntgegeben.

Assali war der letzte Ministerpräsident Syriens vor dem Zusammenschluß mit Ägypten. Bereits seit einiger Zeit wurden Spekulationen über sein bevorstehendes Ausscheiden aus der Regierung laut, nachdem Assali im Zusammenhang mit den Prozessen gegen frühere Politiker angegriffen worden war.

Neuer Vorstoß Bonns in Moskau

Botschafterkonferenz über die deutsche Frage soll verwirklicht werden

W. Bonn. Die Bundesregierung will in einigen Tagen noch einmal in Moskau vorstellig werden, um den Gedanken einer Viermächte-Botschafterkonferenz zur Behandlung der deutschen Frage mit größerem Nachdruck vorzubringen. Im Auswärtigen Ausschuß des Bundestags hat sich Bundesaußenminister Dr. von Brentano der Zustimmung aller Fraktionen zu dieser Absicht vergewissert.

Die Beratung fand, wie von allen Seiten erklärt wurde, in einer recht angenehmen Atmosphäre statt. Das „Berliner Klima“ scheint also doch vorübergehend auf Bonn übertragen zu sein. Im Bundeshaus hofft man noch immer, daß die Einmütigkeit der Parteien schließlich in Moskau doch Eindruck machen und eine Abkehr von dem bisherigen starren Kurs bewirken werde.

Die neue Note, die entgegen früheren Berichten noch nicht fertig ausgearbeitet ist, dürfte keine neuen Vorschläge enthalten. Vielmehr wird die Bundesregierung den Vorschlag, eine Lösung der deutschen Frage durch Verhandlungen der vier Mächte vorzubereiten, erneut in einer etwas ausführlicheren Form unterbreiten. Es scheint daß der sowjetische Gegenvorschlag, über den deutschen Friedensvertrag, zu verhandeln, nicht ausdrücklich abgelehnt werden wird. Jedenfalls wären damit die Oppositionsparteien wohl kaum einverstanden, weil sie noch immer hoffen, dieser Weg könnte sich als Ausweg erweisen. In politischen Kreisen besteht jedoch kein Zweifel daran, daß die Bundesregierung und die Mehrheit des Bundestags nicht bereit sind, diesen Umweg einzuschlagen, den die Sowjets vorläufig als einzige Möglichkeit anbieten. Denn man glaubt, daß die Wiedervereinigung auf diesem Wege nicht zu erreichen ist.

Die Verhandlungen zwischen den Fraktionen wurden mit einem Schreiben des SPD-Vorsitzenden Ollenhauer an die Vorsitzenden der anderen Fraktionen fortgesetzt, in denen er zu einer Aussprache über den sozialdemokratischen Vorschlag einlädt, ein „Amt für innerdeutsche Regelungen“ einzurichten. Der Brief bedeutet ein gewisses Entgegenkommen, denn auf seiten der SPD wird jetzt erklärt, man wolle die Besprechungen

zwischen den Fraktionen abwarten und erst dann beantragen, die Frage auf die Tagesordnung des Bundestags zu setzen. Trotzdem ist es unwahrscheinlich, daß man sich in diesem Punkt einigen wird. Im Bundeskabinett, das am Mitt-

woch zu einer kurzen Sitzung unter dem Vorsitz Dr. Adenauers zusammentrat, ist die Idee entschieden zurückgewiesen worden. Die Behauptung der SPD, es sei eine „bessere Apparatur“ für „technische Verhandlungen“ mit den sowjetischen Behörden notwendig, wird in Regierungskreisen als falsch bezeichnet, und das Mißtrauen, daß die SPD eine Art Nebenregierung entstehen lassen wolle, ist bisher nicht entkräftet.

Geflüchtete Mütter werden erpreßt

Man hält Kinder fest — Entscheid des Obersten Zonenrichters

Berlin, (dpa/ap). Das Oberste Gericht der Sowjetzone hat nach Mitteilung der in Ostberlin erscheinenden Zeitung „Neue Justiz“ geflüchteten Müttern das Recht abgesprochen, daß ihre Kinder mit ihnen zusammengeführt werden. In der Begründung heißt es, das Sorgerecht umfasse auch „die Pflicht der Erziehung zu einem verantwortungsbewußten Bürger unseres Staates“. Wenn eine Mutter „aus eigensüchtigen Motiven in das Lager der Feinde“ gehe und die Arbeiterklasse verrate, müsse ihr das Sorgerecht deshalb vorenthalten werden. Das gleiche gelte für Unterhaltszahlungen des Vaters für den Fall, daß sie das Kind mitgenommen hat.

Führer Reichsbahnchef geflüchtet

Der frühere Leiter der politischen Verwaltung und langjäh-

rige Vizepräsident der Ostberliner Reichsbahn-Direktion, Kurt Ludwig (SED), ist nach Westberlin geflüchtet. Bahnpostbeamte der Sowjetzone dürfen künftig nicht mehr mit den Interzonenzügen in die Bundesrepublik einreisen. Entgegen der bisherigen Regelung müssen sie jetzt die Postwagen bereits an den Grenzkontrollpunkten ihren westdeutschen Kollegen übergeben.

Stalins Lehrgang wird ersetzt

Der von Stalin verfaßte „Kurze Lehrgang der Geschichte der KPdSU (B)“ wird in Kürze durch das seit langem angekündigte neue Lehrbuch der Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion ersetzt werden. Das von Stalin verfaßte Buch war jahrzehntlang die anerkannte „Fibel“ des internationalen Kommunismus.

Kuratorium an die Jugend

Weihnachts-Geschenkpakete sollen Verbundenheit stärken

Bonn, (dpa). Unter dem Motto „Jugend beschenkt Jugend“ sollen Briefe und Pakete zu Weihnachten wiederum Brücken zwischen jungen Menschen in beiden Teilen Deutschlands schlagen. Das Kuratorium appellierte an die Jugend, an Eltern und Erzieher, diese Bekundung der menschlichen Zusammengehörigkeit im geteilten Vaterland in diesem Jahr in jeder Stadt und in jedem Dorf des Bundesgebiets und in Westber-

lin zu verwirklichen. Zu Weihnachten sollen Schulklassen, Jugendgruppen und Lehrwerkstätten Geschenke anfertigen, die, von einem Brief begleitet, an junge Menschen in Mittel- und Ostdeutschland versandt werden können. Bei dieser Aktion haben schon in den vergangenen Jahren viele Tausend junger Menschen in der Weihnachtszeit Verbindungen aufgenommen.

Propst Grüber zum Verzicht gezwungen

Zonenregierung ignoriert Amt des Bevollmächtigten der EKD seit Monaten

Berlin, (epd/dpa). Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hat „mit schmerzlichem Bedauern“ dem Antrag von Propst Dr. Grüber entsprochen, ihn von seinem Amt als Bevollmächtigter des Rates bei der Regierung der sogenannten DDR zu entbinden. Gleichzeitig wurde Propst Grüber der Dank der EKD für seinen fast neunjährigen „hingebenden, vielfach hilfreichen Dienst“ ausgesprochen.

Die Verabschiedung Grübers ist auf die ablehnende Haltung der Sowjetzonenregierung gegen das Amt des kirchlichen Bevollmächtigten zurückzuführen. Seit längerer Zeit schon wurde von den zuständigen Stellen der Zonenregierung Propst Grüber als Bevollmächtigter der EKD ignoriert. Auch hat der Sowjetzonen-Ministerpräsident Grotewohl, wie erst jetzt bekannt wird, schon vor mehreren Monaten in einem Schreiben an die Evangelische Kirche zum Ausdruck gebracht, daß die Regierung der „DDR“ den Antrag des kirchlichen Bevollmächtigten als erledigt und dessen Funktion als erloschen betrachte.

Wie aus den weiteren Beschlüssen des Rates der EKD hervorgeht, wird das Amt des Bevollmächtigten bei der Sowjetzonenregierung nicht neu besetzt werden. Vielmehr sollen die bisher von Propst Grüber wahrgenommenen Aufgaben künftig von der Berliner Stelle der Kirchenkanzlei der EKD mit übernommen werden. Nachdem auch der bisherige Präsident dieser kirchlichen Dienststelle, Geheimrat Bernhard Karnatz, mit dem 1. November ausscheidet, ist als Vizepräsident der Kirchenkanzlei (Berliner Stelle) Oberkonsistorialrat Pettelkau vorgesehen. Bei der Wahrnehmung der Verbindung zur Sowjetzonen-Regierung wird ihm der Ostberliner Generalsuperintendent Fuehr zur Seite stehen.

Mit großer Sorge, so verlautet aus der Sitzung des Rates der EKD, verfolgt dieses oberste Gremium der Evangelischen Kirche in Deutschland alle Bemühungen um eine Normalisierung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche in der DDR. Und zwar begrüßt der Rat die von dem Thüringer Landesbischof Mitzenheim bis in die letzten

Tage fortgesetzten Verhandlungen, insbesondere mit dem Zonenministerpräsidenten Grotewohl; andererseits wurde aber festgestellt, daß die Bedrängnis der Gewissen und die Behinderung des kirchlichen Lebens insbesondere in der Jugenderziehung nach wie vor innerhalb der „DDR“ zu beobachten sind. Die vor einigen Monaten zwischen einem Ausschuß der gesamtdeutschen Synode und den Zonenbehörden geführten Verhandlungen haben bisher nicht zu der von der Kirche erhofften Erleichterung geführt. Trotzdem wünscht der Rat der EKD, daß die Anstrengungen für eine Entspannung fortgesetzt werden. Bis dahin bittet der Rat die Gemeinden um Geduld.

In der Verlautbarung des Rates der EKD wird ferner mitgeteilt, daß ein Ausschuß des Rates die Neuordnung der Konfirmation vorbereite. Dieser Ausschuß war auf Beschluß der gesamtdeutschen Synode, die Ende April in Berlin tagte, eingesetzt worden.

DT. Propst Grübers Verzicht auf sein Amt als Bevollmächtigter der EKD bei der Zonenregierung ist mehr als ein Symptom. Niemand wird diesem eigenwilligen, vielfach mißverständlichen Mann vorwerfen können, er habe es an Verständnis für jene Machthaber fehlen lassen, bei denen er im Auftrage seiner Kirche akkreditiert war. Grüber hat sich in diesen neun Jahren nicht gescheut, selbst dort östliche Wege mitzugehen, wohin ihm auch das weitherzigste Verständnis seiner Glaubensbrüder nicht mehr zu folgen vermochte. Dabei sei nicht vergessen, daß Grüber vielfach im stillen Hilfe leistete, um von der östlichen Justiz unschuldig Verfolgten ihr Dasein zu erleichtern oder sogar die

Freiheit wiederzuerlangen. Grüber wollte ein Erückenbauer sein zwischen Ost und West, und ein gesamtdeutscher Vermittler. Da er auch ein aufrichtiger Mann bleiben wollte, mußte er an den auf die Kirchenspaltung zielenden Praktiken der Zonenregierung scheitern. Als er gar trotz mancher Gegensätze auf der letzten gesamtdeutschen Synode im April dieses Jahres für Bischof Dibelius hart, klar und unmißverständlich Partei ergriff, war er für Ulbricht und Grotewohl untragbar geworden. Sein kirchlich-diplomatisches Amt ist erloschen, aber es wird den Propst Grüber trösten, daß ihm der Dienst vor dem Altar und die Kanzel in Sankt Marien zur Verkündigung des Evangeliums bleiben.

„Sozialistische Gelübde“ für Theologie-Studenten

Berlin, (dpa). Die Gewissensnot der Christen in der Sowjetzone stand im Vordergrund einer Sitzung des Rates der Evangelischen Kirche der Union in Berlin. Dabei ging es vor allem um „Gelübde sowie Treue- oder Gehorsamsverpflichtungen, welche die Freiheit des christlichen Gewissens berühren“. In Ostberlin wurde bekannt, daß für eine Reihe von Organisationen der Sowjetzone neue Gelübde verfaßt worden sind. So wurde den Studenten aller — auch der theologischen — Fakultäten für das neue Studienjahr ein „sozialistisches Gelübde“ auferlegt. Sie müssen sich verpflichten, ihr Studium „im Sinne des Sozialismus“ vorzunehmen, „die Politik der DDR-Regierung aktiv zu unterstützen und sich auf der Grundlage des historischen und dialektischen Materialismus umfassende Kenntnisse aneignen“.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2.

Möbelankäufe sind meldepflichtig

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in der Zone

B. Berlin, (Eigenbericht).

Überall in Mitteldeutschland findet ein Wahlrummel ohne gleichen statt. Die Bevölkerung lächelt bitter. Gestern stand im Wahlgesetz, daß jeder Bürger in die Wahlkabine gehen kann, heute beginnt die Propaganda, daß jeder die Stimme offen abgeben solle, möglichst bis 8 Uhr morgens! Und allerorts reden SED-Funktionäre über Wahlkampf und über neue Aufgaben. Was auf den sogenannten Wählerkonferenzen gesagt wird, sollte überall registriert werden,

ROSTOCK

Die Kritik der Rostocker Bürger: Die Ostseezeitung vom 4. Oktober schreibt, SED-Sekretär Karl Mewis habe gesagt, einzelne Bürger redeten so: „Ihr wollt den Vorhang zumachen. Ihr wollt die Grenze dichtmachen. Ihr wollt Deutschland spalten.“ Weiter verlangten sie: „Weg mit dem Paßgesetz, weg mit den Reisebeschränkungen.“ Dazu Mewis: „Gespalten hat Adenauer, daß Paßgesetz dient zum Schutze der Bürger, aber die Reisebeschränkungen sollten wenigstens für Rentner fallen.“ Man sollte großzügig sein. Nur die Arbeiter in den Betrieben dürfen nicht reisen. Sie müssen ihre Verwandten einladen, damit sie in der Zone Arbeit bekommen.

SED gesteht Fehler ein: „Es gab Verzerrungen, Überspitzungen, Fehler und falsche Auslegung der SED-Beschlüsse, Hemmnisse beim Aufbau des Sozialismus“, sagte SED-Funktionär Mewis in Rostock. Und er fragte: „War es notwendig, daß in einer ganzen Reihe von Städten alle Fleischer ein Gerichtsverfahren bekamen, als aufgedeckt wurde, wieviel Marken sie nicht mehr hatten?“ Anträge kamen: Stellt sie vor Gericht, sperrt sie ein! Und Mitarbeiter der Justiz, der Staatsanwaltschaft haben gesagt: „Machen wir!“

Tanz und Weinproben in vielen Lokalen. In den Gaststätten „Klubhaus Neptunwerft“, „Am Ulmenmarkt“, „Trotzenburg“ und „Neue Schänke“ werden „Tage des Frohsinns“, „Tage

des Weines“ durchgeführt mit Tanz und Unterhaltungsmusik.

STENDAL

Einladungen an westdeutsche Besucher. Reisende aus der Bundesrepublik, die mit einer Aufenthaltsgenehmigung in die Zone eingereist sind, werden eingeladen, an Wahlversammlungen teilzunehmen. Danach wurden sie aufgefordert, offen zu sagen, was ihnen in der „DDR“ nicht gefiele. Eine Besucherin erklärte nach mehrmaliger Aufforderung: „Mir gefallen die langen Schlangen vor den Geschäften nicht, und ich bin entsetzt über die eintönigen Zeitungen, in denen so viel über die Bundesrepublik gehetzt wird.“ Am nächsten Tag wurde die Besucherin aufgefordert, das Gebiet der DDR innerhalb von 24 Stunden zu verlassen!

MAGDEBURG

Schlendrian auf den Baustellen. Die meisten Bauarbeiter mußten im September wegen Materialmangels die 4-Tage-Woche einführen. Es fehlten wieder Baupläne und Baumaterialien. Vor allem klappt die Arbeitsorganisation nicht. „Es reden zu viele dazwischen.“ Und wenn es nicht klappt, dann schiebt man es auf ideologische Gründe! Die Bauarbeiter sollten, weigerten sich aber, zum Einsatz zu fahren, weil dort doch keine Arbeitsmöglichkeiten bestünden.

Volksfeste ohne Resonanz: Der Jubel über die neunjährige

„DDR“ war in Magdeburg gedämpft. Besucht wurden Veranstaltungen unpolitischer Art: Kinderfeste der volkseigenen Betriebe mit Kindermodenschau, Kindertanz und Luftballonwettblasen. Ausverkauft wie immer war das Sinfoniekonzert. Das Städtische Orchester spielte im Maxim-Gorki-Theater Werke von Brahms, Schostakowitsch und Roselius.

SASSNITZ

Schweden einholen und überholen. Als Tor nach Skandinavien soll Saßnitz eine vorbildliche Verkaufskultur bekommen, die auf die Reisenden aus Schweden positiv wirkt. Nicht nur die Bundesrepublik, sondern auch Schweden, das seit 130 Jahren keinen Krieg gehabt hat und auch „unter kapitalistischen Verhältnissen einen gewissen Wohlstand erreichen konnte“, will die Zone einholen. Das stellt die „Ostseezeitung“ fest.

Ein Arzt auf 2000 Einwohner. Die Polikliniken können den Ansturm der Patienten nicht schaffen. Die Ärzte sind fast alle über 65 Jahre alt. Wenn die Altersversorgung für freipraktizierende Ärzte in Kraft treten würde, wie von der SED versprochen, wird der Notstand in der ärztlichen Versorgung noch akuter. Zur Zeit können die Ärzte kritisieren und bekommen jede Ausnahmeerlaubnis. Aber dennoch werden sie „gesellschaftlich“ bearbeitet.

ERFURT

Namensweihe bis zu 6 Jahren. Für die Zeit der Übergangsperiode ist nach Anweisung des Rates der Stadt Erfurt, Abteilung Innere Angelegenheiten, eine Namensweihe an jedem Sonnabend oder Sonntag für nicht kirchlich gebundene Familien für ihrer Kinder bis zu 6 Jahren möglich.

Möbelankäufe müssen gemeldet werden. Die Möbelhändler in der Stadt müssen täglich melden, wer ihnen welche Möbel zum Verkauf angeboten hat und von wem Möbel angekauft wurden. Damit sollen Flüchtlinge rechtzeitig erkannt werden.

Belgrad fühlt vor

Belgrad, (ap). Ein jugoslawischer Regierungssprecher äußerte die Ansicht, daß im Interesse der Bundesrepublik und Jugoslawiens die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern wieder aufgenommen werden müßten. Seitens der jugoslawischen Regierung bestünden keine Hinderungsgründe für eine Normalisierung der Beziehungen, jedoch warte Jugoslawien auf eine Initiative der Bundesregierung.

Abschied von Papst Pius XII.

Die feierliche Beisetzung in der Peterskirche zu Rom

Rom (dpa/ap). Als 144. Papst ist Pius XII. in der Unterkirche von St. Peter, in den sogenannten Grotten, beigesetzt worden. Die sterbliche Hülle Papst Pius' XII. wurde im Chor der Basilika eingesargt und nach dem feierlichen rituellen Zeremoniell, das die Katholische Kirche für die Beisetzung der Päpste vorsieht, in die Unterkirche hinabgelassen. Die Beisetzung wurde vom italienischen Rundfunk und dem „Eurovision“-Fernsehen übertragen.

Die Basilika war für die Öffentlichkeit geschlossen. Unter dem hohen Baldachin über dem Bekenntnisaltar standen Nobeldargesten in Habt-acht-Stellung. Neben den in Rom versammelten Kirchenfürsten und Ehrentrauergästen hatten sich die Familienangehörigen des Toten stellvertretend für die trauernden Millionen in aller Welt versammelt, um von dem „Friedenspapst“ letzten Abschied zu nehmen.

„Lobpreisung“

In einem feierlichen Zug, im Schein brennender Kerzen, folgten in Zweierreihen 21 Kardinäle, unter ihnen der Erzbischof von München-Freising, Joseph Wendel, und die Mitglieder des päpstlichen Hofstaats der von 16 Sediariern getragenen roten Bahre in den Chor der Kirche. Dort erwarteten den Zug bereits das Domkapitel, das Diplomatische Korps, darunter der deutsche Vatikanbotschafter, Rudolf Graf Strachwitz, sowie die Mitglieder der italienischen Regierung. Nach dem Gesang des „Miserere mei Deus secundum misericordiam tuam“, den Worten, mit denen Pius XII. am 2. März 1939 seine Papstwahl angenommen hatte, erteilte der Sakristan Pius' XII., der belgische Monsignore Canisius van Lierde, die Absolution.

Der in ein rotes Meßgewand, eine golddurchwirkte Mitra, lange Albe und rote goldbestickte Schuhe gekleidete und mit allen Zeichen päpstlicher Machtfülle angetane Leichnam wurde in einen Sarg aus Zypressenholz gelegt. Die erste Einsargung wurde mit dem sogenannten Rogitus, dem nota-

riellen Dokument über die Einsargung, abgeschlossen. Dabei verlas der Sekretär der Breven, Monsignore Antonio Bacci, in lateinischer Sprache eine „Lobpreisung“ des Papstes, in der seine Bemühungen zur Wiederherstellung und Erhaltung des Weltfriedens hervorgehoben wurden. Dem Sarg wurden außer dem Pergament des Rogitus und vier lateinischen Nachrufen je ein Exemplar der während des Pontifikats Pius' XII. geprägten Medaillen und Geldmünzen beigegeben. Nach der Versiegelung des ersten Sarges wurde dieser in einen Bleisarg und schließlich in den dritten, mit Blattgold verzierten Sarg aus Ulmenholz, gesenkt.

Ruhestätte in der Unterkirche

Im Anschluß an die Beisetzungsfierlichkeiten im Chor wurde der Sarg in die Unterkirche hinabgesenkt. Die letzte Ruhestätte des Papstes liegt fast senkrecht über dem vor einigen Jahren in einer sieben Meter tieferen Schicht freigelegten Petrusgrab. Die Grabkapelle hatte Pius XII. selbst geweiht.

Trotz des starken Zustroms der Menschenmassen, die von Pius XII. Abschied nehmen wollten, wurden die Tore der Petersbasilika bald wieder geschlossen. Etwa 50 000 Menschen, die wartend auf dem Petersplatz standen, fanden keinen Einlaß mehr. Infolge der warmen Witterung wurden mehr als 70 Personen von Ohnmacht befallen und mußten in dem dazu hergerichteten Zelt des Malteserordens behandelt werden. 1600 Polizisten versahen den Ordnungsdienst auf dem Petersplatz.

Trauer Gottesdienste in aller Welt

In vielen Ländern der Welt wurden am Wochenende feierliche Requiem für Papst Pius XII. abgehalten. Vor vielen Tausenden von Katholiken zelebrierte der Kölner Erzbischof Kardinal Frings eine Totenmesse im Kölner Dom.

In einem Trauer Gottesdienst hat der Primas von Polen, Kar-

dinal Wyszynski in der Warschauer St.-Johannes-Kathedrale angedeutet, daß er zum Konkclave zur Wahl des neuen Papstes nach Rom reisen werde. Die Kirche war mit 7000 Gläubigen überfüllt, weitere hundert knieten auf dem Platz vor der Kirche.

Der britische Gouverneur von Malta, Sir Robert Laycock ordnete an, daß der 17. Oktober für die 320 000 Katholiken der Insel als Feiertag zum Gedenken an Papst Pius gelten solle.

Das Oberhaupt der russisch-orthodoxen Kirche, Alexius, Patriarch von Moskau und ganz Rußland, hat in einer Botschaft der katholischen Kirche sein Beileid zum Ableben von Papst Pius XII. ausgesprochen.

Schwester Pasqualina geht in die Schweiz

Rom (ap). Schwester Pasqualina Lehnert, die aus Oberbayern stammende Haushälterin des Papstes Pius' XII., bereitet sich darauf vor, nach über 40jähriger Sorge für den Verstorbenen wieder in ihren Orden zurückzukehren. Wie aus Vatikankreisen verlautete, wird sich die 68jährige Schwester an den Sitz ihres Ordens in Menzingen in der Schweiz begeben.

Reichstag ist zu klein

Bonn, (dpa). Der alte Reichstag in Berlin ist nach seiner Wiederherstellung für die Verwendung des Bundestags zu klein. Diese Auffassung vertritt der SPD-Haushaltsexperte Ritzel in Bonn. Im Pressedienst seiner Partei erklärte er, die große Fläche des umbauten Raumes könne nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß der Nutzraum für Fraktionssekretariate, Sitzungssäle und Abgeordneten-Arbeitszimmer zu gering sei. Da sich Sachverständige gegen die Einziehung eines Zwischenstocks ausgesprochen haben, sei jede Diskussion über die Wiederverwendung des Gebäudes als Parlament überflüssig. Der Reichstag solle zwar wiederaufgebaut werden, aber er müsse einen anderen Verwendungszweck — vielleicht für den Bundesrat — erhalten.

Universitäts-Berufung gilt als Abwerbung

Zonen-Professoren werden mit Strafe bedroht — Thedieck: Tragische Fälle

Bonn (dpa). Berufungen von Hochschullehrern der Sowjetzone an Universitäten in der Bundesrepublik werden neuerdings von den Sowjetzonenbehörden völlig unterbunden. Wie der Staatssekretär im Gesamtdeutschen Ministerium, Franz Thedieck, in einer Rundfunkansprache bekanntgab, werden solche Berufungen als „Abwerbung“ angesehen und zu strafbaren Handlungen erklärt.

„Was ist das für ein Staatsgebilde, in dem der Wechsel der akademischen Wirkungsstätte innerhalb Deutschlands als Verbrechen behandelt wird“, fragte Thedieck. Als tragisches Beispiel erwähnte der Staatssekre-

tär die Flucht des Professors Dr. Willy Flach in die Bundesrepublik, der eine Professur an der Universität Bonn annehmen wollte. Die Zonenbehörden hätten daraufhin Flach den Professorentitel aberkannt und ihn

wegen „Republikflucht“ in Abwesenheit zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Infolge der zermürbenden Auseinandersetzungen mit den Zonenbehörden, der diffamierenden Behandlung und der Aufregung bei der Flucht habe Prof. Flach einen Nervenzusammenbruch erlitten und seinem Leben ein Ende gesetzt.

Prof. Flach war vor seiner Flucht im Januar dieses Jahres Direktor des thüringischen Landeshauptarchivs in Weimar und Professor für historische Hilfswissenschaften an der Ostberliner Humboldt-Universität. Er leitete außerdem das Goethe- und Schiller-Archiv und war führender Mitarbeiter im Archiv-Ausbildungswesen der Sowjetzone.

Hartes Gespräch mit Smirnow

Bundeskanzler sondiert Moskaus Haltung

Bonn (Eigenbericht). Bundeskanzler Dr. Adenauer hatte eine eineinhalbstündige Unterredung mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow, in deren Verlauf alle aktuellen Gesichtspunkte der deutsch-sowjetischen Beziehungen zur Sprache kamen. Dr. Adenauer suchte vor allem zu erfahren, ob die Sowjetregierung unter bestimmten Umständen mit der Einsetzung einer Viermächte-Botschafterkonferenz zur Behandlung der deutschen Frage einverstanden wäre. Er konnte aber auf diese Frage noch keine endgültige Antwort erhalten. Smirnow hat dem Bundeskanzler jedoch ein Memorandum über die deutsch-sowjetischen Beziehungen übergeben, und es ist möglich, daß daraufhin in Kürze ein weiteres Gespräch zwischen Adenauer und dem sowjetischen Botschafter stattfindet.

Nachdem die Westmächte dem deutschen Vorschlag, eine solche Botschafterkonferenz zu berufen, zugestimmt haben, will die Bundesregierung auch die Zustimmung der Sowjetregierung erreichen. Sie hofft, daß die von Moskau seinerzeit ausgesprochene Ablehnung nicht das letzte Wort bedeutet, da die Sowjetregierung gleichzeitig eine ähnliche Konferenz vorgeschlagen hat. Die beiden Vorschläge unterscheiden sich in zwei Punkten:

1. Die Sowjetregierung will nur über einen deutschen Friedensvertrag verhandeln, dagegen kommt es der Bundesregierung auf die Wiedervereinigung an. In Bonn sucht man nun nach einer Formel, die Friedensvertrag und Wiedervereinigung umfaßt. Auf diese Weise soll erreicht werden, daß die Konferenz zunächst einmal zusammentritt, sie könnte dann selbst darüber entscheiden, mit welchen Fragen sie sich im einzelnen beschäftigt.

2. Die Sowjetregierung hat verlangt, daß gleichzeitig mit der Viermächtekommission eine Kommission der „beiden deutschen Staaten“ zusammentritt, um mit den Alliierten zusammenzuarbeiten. Dieser Vorschlag ist für die Bundesrepublik unannehmbar, weil dadurch die unrechtmäßige Regierung der Sowjetzone anerkannt würde. Deshalb wird nach einer Lösung gesucht, bei der man die Anerkennung Pankows vermeiden kann.

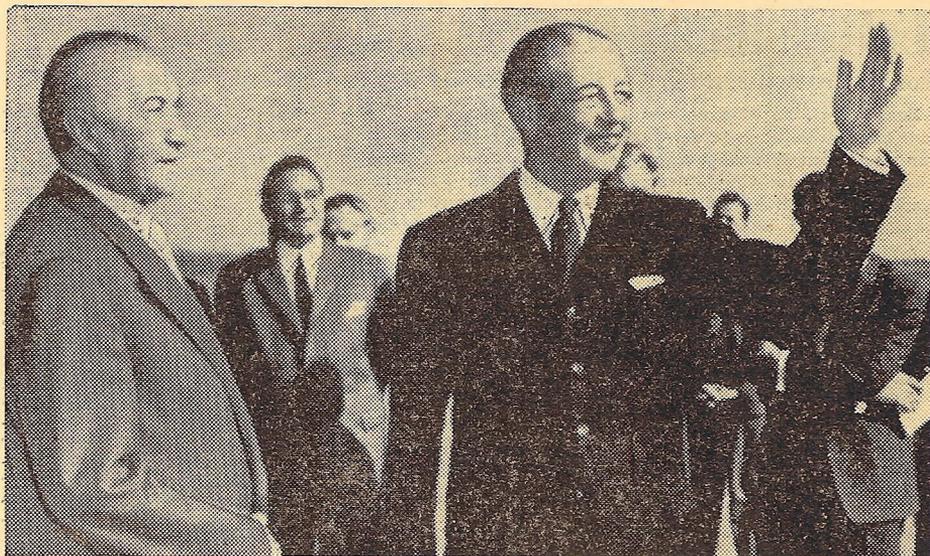
Scharfer Hinweis auf Pankow

Im Hinblick auf Pankow hat Dr. Adenauer, wie man hört, den Sowjetbotschafter in einer neuen Form angesprochen. Er hat Smirnow klarzumachen versucht, daß das Regime Ulbrichts die deutsch-sowjetischen Beziehungen belastet, vor allem, da es zu einer immer schlimmeren Unterdrückung der Bevölkerung in der Sowjetzone Zuflucht genommen habe. Der

Jetzt zur Venus

New York (ap). Die amerikanische Luftwaffe, die bereits die Genehmigung für drei Mondraketenflüge erhielt und davon zwei Versuche unternahm, hat die Erlaubnis zu weiteren zwei Vorstößen in den Weltraum bekommen, wie die „New York Times“ unter Berufung auf informierte Kreise bekanntgab. Bei einem der beiden zusätzlichen Versuche sollen wissenschaftliche Daten in der Nähe des Planeten Venus gesammelt werden, der sich der Erde im günstigsten Falle auf 42 Millionen Kilometer nähert,

Kanzler hat den Einwand des Botschafters, daß es sich hier um innere Angelegenheiten eines dritten Staates handle, nicht gelten lassen, sondern mit Nachdruck darauf bestanden, daß die Sowjetunion nach wie vor für die Verhältnisse in dem 1945 von ihr besetzten Teil Deutschlands verantwortlich sei. Im übrigen hat Dr. Adenauer die humanitäre Seite des Problems hervorgehoben und auf die Tatsache hingewiesen, daß jeden Monat Tausende und aber Tausende aus der Zone fliehen, weil sie den Druck nicht mehr ertragen.



BILDER DER WOCHE: Oben: Zu einem 24-Stunden-Besuch weilte der britische Premierminister Macmillan in Bonn. Er wurde auf dem Flugplatz Wahn von Bundeskanzler Adenauer begrüßt. — Unten: Während der Sprecher des Vatikanensenders die Nachricht vom Tode Pius' XII. verliest, wird das Eingangstor zur päpstlichen Sommer-Residenz mit schweren Ketten verschlossen.

